

Medien-Information der FDP-NRW

Montag, 20. Juni 2011

Bahr-Interview mit der Westfalenpost, 18.06.2011

Quelle: Westfalenpost, Ausgabe vom 18.06.2011.
Die Fragen stellte Wilfried Goebels.

Der FDP-Landesvorsitzende Daniel Bahr gab der Westfalenpost (18.06.2011) das folgende Interview. Die Fragen stellte Wilfried Goebels.

WP: Die NRW-Parteien ringen um einen Schulkonsens. Zieht die FDP mit?

Bahr: Nach dem Urteil zur Mega-Verschuldung hat Rot-Grün mit dem Gerichtsurteil zur Gemeinschaftsschule die nächste Klatsche bekommen. Dass die Schulpolitik jetzt im Landtag debattiert wird, ist richtig. Die FDP ist seit langem zu ernsthaften Gesprächen bereit. Aber der Ball liegt bei der Regierung: Rot-Grün hat einen Gesetzentwurf angekündigt, sie müssen sich bewegen.

WP: CDU-Landeschef Röttgen hat Hannelore Kraft zum Bildungsgipfel eingeladen. Was fordern Sie?

Bahr: Die FDP steht für Schulvielfalt und gegen eine Einheitsschule. Wichtig ist keine Ideologie, sondern eine Schulstruktur, die die Begabungen der Kinder am besten fördert. Bereits in unseren Sondierungsgesprächen 2010 wollte Rot-Grün den Weg zur Einheitsschule für Alle festlegen und die Gymnasien infrage stellen. Wir warten ab, ob Rot-Grün nun die Position ändert.

WP: Die CDU drängt darauf, Realschule und Gymnasium in der Verfassung zu verankern. Ist das die Lösung?

Bahr: Es ist gut, dass sich in der CDU endlich etwas tut und das starre Festhalten am dreigliedrigen System überwunden wird. Für mich ist aber nicht entscheidend, ob eine Schulform in der Verfassung steht. Die Hauptschule steht aktuell auch in der Verfassung, aber die Schüler bleiben weg. Entscheidend ist: Gibt es einen tragfähigen politischen Konsens – oder eben nicht.

WP: Also, wo liegt die Lösung?

Bahr: Die Schulvielfalt muss erhalten bleiben. Unser Modell der Regionalen Mittelschule schafft den Verbund von Haupt- und Realschule als starke praxisnahe Schulform neben dem Gymnasium. Die Gemeinschaftsschule ist eine Gefahr für bestehende Schulen, weil sie diese mit der gymnasialen Oberstufe kannibalisiert. Die Regierung muss jetzt zeigen: Wie kann ein Kompromiss aussehen? Daneben ist mir vor allem die Frage der Durchlässigkeit wichtig. Das Schulsystem muss Früh- und Spätstartern alle Chancen eröffnen.

WP: Die CDU flirtet im Bund erkennbar mit den Grünen. Wie ist das Verhältnis zwischen FDP und CDU in NRW?

Bahr: Ich spreche oft mit Herrn Röttgen, das Verhältnis ist gut. Und die Fraktionen von CDU und FDP haben gemeinsam mit der Klage gegen die rot-grünen Mega-Schulden einen großen Erfolg erzielt. Aber klar ist: In der Opposition gibt es keine Koalition.

WP: Wo greifen Sie an?

Bahr: Rot-Grün ist bei zwei zentralen Projekten, der Verschuldungspolitik und der Gemeinschaftsschule gescheitert. NRW wird längst nicht mehr tatkräftig regiert, sondern nur repräsentiert. Frau Kraft hat eine sympathische Art, aber NRW braucht keine nette Präsidentin, sondern eine anpackende Ministerpräsidentin.

WP: Regierungschefin Kraft tritt inzwischen als Verfechterin der Interessen der NRW-Industrie auf. Wundert Sie das?

Bahr: Es hat mich überrascht, dass Frau Kraft beim Atomausstieg für bezahlbare Energie und Versorgungssicherheit wirbt. Damit hat sie die Position der FDP im Bund unterstützt. Aber in NRW lässt sich die SPD bisher von den Grünen in der Industriepolitik fremdbestimmen. In Wahrheit ist das die erste grün-rote Regierung. Frau Kraft muss nun beweisen, ob sie wichtige Projekte für Industrie und Arbeitsplätze durchsetzen kann.

WP: In Umfragen rangiert die FDP bundesweit bei knapp fünf Prozent. Da überlegen viele in der CDU, ob die Liberalen auf Dauer als Partner ausfallen. Was antwortet der Bundesminister?

Bahr: Ich bin mir sicher, dass die Union nicht vergessen hat, was die schwarz-grünen Flirts in Hamburg und in NRW bei der Landtagswahl gebracht haben: Die Oppositionsbank für die CDU. Schwarz-Gelb hat noch zwei Jahre Zeit bis zur nächsten Bundestagswahl. Wenn Union und FDP nicht gemeinsam Erfolg haben, dann gibt es eine linke Regierung – so wie in NRW!